

## DIE GRENZEN DER BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat im Laufe der vergangenen Monate ständig zugenommen und beginnt jetzt allmählich wieder zurückzugehen. Das Ansteigen der Arbeitslosenziffern während der Wintermonate ist unvermeidlich. Entscheidend und für die Lage in der Bundesrepublik kennzeichnend ist, daß diese jahreszeitlichen Schwankungen der Arbeitslosigkeit zahlenmäßig ihren Ausgangspunkt von einer sehr beträchtlichen Arbeitslosenzahl nehmen, die als Dauerzustand vorhanden ist und nach den Erfahrungen der beiden letzten Jahre ungefähr bei 1,3 Millionen liegt. Diese Zahl besteht — ganz roh gerechnet — zu etwa einem Viertel aus der niemals ganz zu beseitigenden sogenannten Fluktuation (die auch in England, wo bekanntlich Vollbeschäftigung herrscht, etwa in dieser Höhe vorhanden ist), das heißt aus vorübergehender Beschäftigungslosigkeit durch Stellenwechsel oder aus ähnlichen Gründen. Der große Rest ist strukturell bedingt. Aufgabe einer Beschäftigungspolitik muß es nun sein, diese strukturelle Arbeitslosigkeit in Höhe von etwa einer Million zu vermindern und — wenn möglich — ganz zu beseitigen. Das Augenmerk müßte dabei auf zwei Komplexe von Maßnahmen gerichtet werden, die eng miteinander in Verbindung stehen und sich zum Teil gegenseitig bedingen.

Einmal handelt es sich um die Beseitigung der Engpässe in den Grundindustrien (Kohle, Energie, Eisen, Stahl), da nur durch die Verbreiterung der Rohstoff- und Energiebasis die bereits vorhandenen Kapazitäten in den verarbeitenden Industrien voll ausgenutzt werden können. Die Ursache der Entstehung dieser Engpässe ist vor allem in der falschen, besser gesagt, in der fehlenden Investitionspolitik zu suchen. Die Preise in den Engpaßsektoren sind — vorwiegend aus politischen Gründen — gebunden, und zwar auf einem relativ niedrigen Niveau. Es besteht für jene Wirtschaftsbereiche also nur eine geringe Möglichkeit, Investitionen aus erzielten Gewinnen vorzunehmen. Auf der anderen Seite sind in den verarbeitenden und Verbrauchsgüterindustrien seit der Währungsreform große Gewinne erzielt worden, die nicht etwa über den Kapitalmarkt den Grundstoffindustrien, in denen Investitionen erwünscht wären, zufließen, sondern infolge der die Selbstfinanzierung einseitig begünstigenden Steuerpolitik im Bereiche der Verarbeitungsindustrien verblieben. Die Folge war eine starke Ausdehnung der Kapazitäten in diesem Bereich auf Kosten der von der Preiskonjunktur nicht begünstigten Grundstoffindustrien. Während letztere sowie auch die meisten Zweige der Investitionsgüterindustrie heute vollbeschäftigt sind, herrscht in der Konsumgüterindustrie Unterbeschäftigung. Es wäre aber unrichtig, anzunehmen, daß eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit allein durch die Beseitigung der Rohstoffengpässe erfolgen könne. Selbstverständlich ist die Verbreiterung der Rohstoff- und Energiebasis eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik, denn nur so kann die Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten sowie die Vergrößerung der allgemeinen Produktion erfolgen. Mehr als eine Erleichterung des Arbeitsmarktes sollte man jedoch von der Ausnutzung dieser Kapazitäten nicht erwarten.

Um die strukturelle Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern, ist vielmehr in großem Umfange die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die zunächst allerdings vorwiegend im Bereich der Grundindustrien konzentriert werden müßte, erforderlich, das heißt zunächst einmal die Beschaffung zusätzlichen Kapitals. Da die deutsche Volkswirtschaft nach den Zerstörungen zweier Kriege, nach ihrer Zer-

stückelung und Demontage und nach der Kapitalvernichtung durch zweimaligen Staatsbankrott ohnehin schon auf eine gewaltige Neukapitalbildung angewiesen ist, stößt diese für die Schaffung neuer Arbeitsplätze erforderliche zusätzliche Kapitalbildung auf besonders große Schwierigkeiten. Eine Prüfung der fünf möglichen Kapitalquellen ergibt folgendes Bild: 1. Die private Sparkapitalbildung (Banken, Spar- und Bausparkassen, Versicherungen), die seit der Währungsreform bis Mitte 1951 etwa 20 vH. der tatsächlich erfolgten Neuinvestitionen ermöglichte, wird heute völlig von der Wirtschaft aufgesogen, so daß ohne ernstliche Störungen von ihr eine wesentliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erwarten ist. 2. Auch die Kapitalbildung aus Steuermitteln (diese Kapitalquelle finanzierte seit der Währungsreform bis Mitte 1951 etwa 23 vH. der Neuinvestitionen), die vor allem der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues dient, hat für die Beschäftigungspolitik heute keine praktische Bedeutung, da die Steuereinnahmen des Bundes kaum ausreichen, um die Ausgaben zu decken und ein weiteres Anziehen der Steuerschraube ausgeschlossen erscheint. 3. Die Kapitalbildung durch Selbstfinanzierung (35 bis 40 vH.) sollte — wie schon erwähnt — trotz aller sich daraus ergebenden Probleme im Zusammenhang mit der Verbreiterung des Kapitalmarktes eingeschränkt werden, und zwar zugunsten der Grundstoffindustrien, deren genügende Kapitalversorgung die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist. Wesentliche Mittel zur Finanzierung zusätzlicher Arbeitsplätze sind jedoch auch von dieser Kapitalquelle nicht zu erwarten. 4. Die Möglichkeit der Beschaffung von Kapital durch Auslandskredite ist vorwiegend durch politische Faktoren bestimmt, und es wird von der Entwicklung der politischen Weltsituation, von den Ergebnissen der Londoner Schuldenkonferenz sowie von der dem Auslandsgläubiger gegenüber anzuwendenden Steuerpolitik abhängen, ob und wann ausländische Kapitalien der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. 5. Es bleibt als letzte Möglichkeit die Kreditexpansion, deren Wirkungen und Grenzen in den folgenden Ausführungen untersucht werden.

#### *Die Wirkungen der Kreditexpansion*

Die volkswirtschaftliche Theorie sieht die Wirkung einer Kreditexpansion auf die Beschäftigung wie folgt: Neben der primären Beschäftigung, die sich aus der mit Hilfe der Kreditexpansion finanzierten Kapitalanlage ergibt, wird noch eine sekundäre Beschäftigung geschaffen. Die durch die Kapitalanlage unmittelbar beschäftigten Arbeiter (primär) und jene Personen, die aus der Kapitalanlage einen Gewinn ziehen, geben zumindest einen Teil der somit neu geschaffenen Einkommen beim Ankauf von Verbrauchsgütern aus. Die gesteigerte Nachfrage nach diesen Gütern veranlaßt nun die betreffenden Unternehmer, die Produktion auszudehnen, so daß weitere Arbeiter eine Beschäftigung finden. Da auch diese Arbeiter Verbrauchsgüter erwerben, nimmt die Erzeugung und somit die Beschäftigung weiterhin zu usw. (sekundär). Die Rückwirkungen der erhöhten Investitionstätigkeit auf die Gesamtbeschäftigung (primär und sekundär) vervielfachen sich also zusehends. Sie sind um so größer, je stärker der Hang zum Verbrauch ist, das heißt, je größer der Teil der neu geschaffenen Einkommen ist, der für den Ankauf von Verbrauchsgütern ausgegeben wird, überträgt man diese theoretische Einsicht auf die westdeutschen Verhältnisse, so kommt man zu dem Schluß, daß die durch eine verstärkte Anlagetätigkeit hervorgerufene Beschäftigung auf Grund der hohen Verbrauchsneigung der neu eingestellten Arbeiter relativ groß sein wird.

Durch die infolge der Kreditexpansion ermöglichten Investitionen entstehen also neue Einkommen. Zumindest mit einem Teil derselben werden Verbrauchs-

güter nachgefragt. Es ergibt sich also eine zusätzliche Nachfrage, die ihrerseits auf die Preise wirkt. Kann das Angebot nur die bisherige Nachfrage decken, so treten Preissteigerungen auf. Ob, wann und wo diese Preissteigerungen erfolgen, ist abhängig von der Menge der unausgenutzten Kapazitäten, von der Höhe der Vorräte an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten sowie von den wirtschaftlichen Engpässen in einer Volkswirtschaft. Innerhalb dieser Grenzen ist es sogar möglich, daß die Preise bei Kreditexpansion sinken, wenn die Betriebe durch bessere Ausnutzung ihrer Kapazitäten die Kosten senken können. Wie schon erwähnt, sind nun in der Bundesrepublik unausgenutzte Kapazitäten vorhanden, und zwar vor allem in den verarbeitenden und Verbrauchsgüterindustrien, während auf der anderen Seite in den Grundindustrien Überbeschäftigung herrscht. Auch ist die Vorratshaltung, vorwiegend in Fertigwaren, in den letzten Monaten stark angewachsen. Die durch eine auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichtete Kreditexpansion hervorgerufene Preissteigerung wird also nicht einheitlich verlaufen: Die von den neugeschaffenen Einkommen ausgehende Nachfrage nach Konsumgütern wird zunächst ohne Preissteigerungen befriedigt werden können. Dagegen wird die von der Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgehende Nachfrage nach Rohstoffen und Investitionsgütern in diesen Sektoren wahrscheinlich zu Preissteigerungen führen. Sieht man einmal davon ab, daß durch die infolge einer Kreditexpansion auftretende Preissteigerung ein inflationistischer Trend hervorgerufen wird, so sind weitere Preissteigerungen in der Bundesrepublik vor allem aus sozialen Gründen abzulehnen; einmal, weil die Löhne generell den Preisen nachhinken und somit die Real-löhne sinken würden, zum anderen, weil von solchen Preissteigerungen die in Westdeutschland relativ große Schicht der Festeinkommensbezieher (Rentner, Beamte), die sich ohnehin schon im Zustand der sozialen Deklassierung befindet, am meisten betroffen würde. Die Beschäftigungspolitik muß also in dem Augenblick gestoppt werden, in dem die ersten Preissteigerungen auftreten.

Die durch die Kreditexpansion neugeschaffenen Einkommen rufen aber nicht nur eine Nachfrage nach inländischen Gütern hervor, sondern auch nach Importwaren, vorwiegend nach Verbrauchsgütern und nach ausländischen Rohstoffen (Wirkung der Kreditexpansion über die Einkommen auf die Handelsbilanz). Wieweit die neuen Einkommen zu zusätzlicher Nachfrage nach Importgütern führen werden, ist bedingt durch die Einfuhrabhängigkeit. Außerdem wird mit zunehmender Belebung des Inlandsmarktes die Exportfreudigkeit abnehmen, da die Exportindustrien ihre Produkte auf Grund der belebten inländischen Nachfrage auch — zumindest zu einem Teil — auf dem generell mit weniger Risiko verbundenen Inlandsmarkt absetzen können. Einer Importsteigerung wird also eine Exportverminderung gegenüberstehen. Dieses Ungleichgewicht der Handelsbilanz wird noch verstärkt, wenn im Inland durch die Kreditexpansion Preissteigerungen auftreten. Dann werden mehr Importgüter nachgefragt, weil diese billiger sind, während die Verschlechterung der Kostenlage der Exportindustrien infolge der Preissteigerung zu einer Verminderung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt führt (Wirkung der Kreditexpansion über die Preise auf die Handelsbilanz).

In der Bundesrepublik würden beide Wirkungen der Kreditexpansion auf die Handelsbilanz in Erscheinung treten, und in Anbetracht der noch immer sehr labilen westdeutschen Außenhandelsverhältnisse ist der durch die Außenhandelsstruktur bedingten Grenze der Beschäftigungspolitik eine besonders schwerwiegende Bedeutung beizumessen. Auch würde dadurch der Erfolg der mit Beginn dieses Jahres wieder aufgenommenen Liberalisierung in Frage gestellt werden.

Eine im Rahmen der Beschäftigungspolitik erfolgende Kreditexpansion würde also unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik (Engpässe in den Grundindustrien, Importabhängigkeit) schon bald auf ihre Grenzen stoßen. Da der Beschäftigungspolitik so außerordentlich enge Grenzen gezogen sind, kommt den Mitteln zur Ausweitung dieser Grenzen bei der Behandlung des Problems der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit eine um so größere Bedeutung zu.

#### *Die Ausweitung der Grenzen*

Die wesentlichste Grenze der Beschäftigungspolitik ist durch die Preissteigerung bedingt. Diese Preissteigerung wird, soweit sie nicht durch die erhöhten Anforderungen an die Rohstoffmärkte verursacht wird, durch die neugeschaffenen Einkommen hervorgerufen. Mit Hilfe der Besteuerung ist es nun möglich, die Höhe der Einkommen nachträglich nicht nur im Sinne der Finanzpolitik, sondern auch im Sinne der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu revidieren (man denke hierbei z. B. an die Politik der Einkommensnivellierung durch Besteuerung). Diese Besteuerung kann sich aber nur auf die Einkommen aus Gewinnen usw. erstrecken, da es nicht der Sinn einer Beschäftigungspolitik sein kann, Arbeitslosen eine Beschäftigung zu geben und ihnen dann das die Arbeitslosenunterstützung übersteigende Einkommen wieder durch Steuern abzunehmen. Die Besteuerung würde also nicht die preissteigernde Wirkung einer zusätzlichen Verbrauchsnachfrage entscheidend bremsen können. — Es ist zu berücksichtigen, daß die im Zuge der Kreditexpansion auftretenden Preissteigerungen aller Voraussicht nach Lohnerhöhungen nach sich ziehen werden. Und hier gibt es ein wirksames Mittel, um die Wirkungen von Einkommenserhöhungen auf die Preise weitgehend zu mildern: den Lohnstop. Damit würde man aber den Boden der „freien Marktwirtschaft“ verlassen, da man ja gleichzeitig, um die ungünstigen Wirkungen von Preissteigerungen auf die Reallöhne auszuschalten, einen Preisstop erlassen müßte. Zwar stellt der Preisstop das wesentliche und wirksamste Mittel zur Ausweitung der durch die Preissteigerung bedingten Grenze der Beschäftigungspolitik dar. Aber er ist in einer liberalen Wirtschaftsordnung, wie sie heute in der Bundesrepublik verwirklicht ist, nicht anwendbar, da er den Preismechanismus, der ja der Kern dieser Wirtschaftsordnung ist, aufheben würde. Der Preisstop zieht auch generell noch andere Maßnahmen nach sich, die alle mehr oder weniger mit der Marktwirtschaft unvereinbar sind: Preisfestsetzung zugunsten des Konsumenten führt zu Rationierung, Produktionszwang, Qualitätsbestimmungen usw., Preisfestsetzung zugunsten des Produzenten führt zu Produktionsbeschränkung usw. Das Problem der Ausweitung der durch die Preissteigerung bedingten Grenze der Beschäftigungspolitik ist also im wesentlichen eine Frage der Wirtschaftsordnung. Es gibt allerdings — wenn auch nicht so wirksame — Mittel zur Ausweitung dieser Grenze, die auch in einer liberalen Wirtschaft anwendbar sind. Hierzu gehören Subventionen, Verbilligungsscheine usw.

Hinsichtlich der Ausweitung der durch die Außenhandelsstruktur bedingten Grenzen wollen wir kurz die drei Hauptmöglichkeiten auf ihre Anwendbarkeit für die Bundesrepublik untersuchen: Importbeschränkung (quantitativ und qualitativ), Exportsteigerung und Devaluation.

Der *Importbeschränkung* liegen zwei Überlegungen zugrunde: einmal erleichtert sie die Handelsbilanz und zum anderen wirkt sie günstig auf die Beschäftigungslage, insofern als die kaufkräftige Nachfrage, die vor Erlaß der Beschränkung ins Ausland floß und dort Beschäftigung verursachte, jetzt im Inlande verbleibt und hier Beschäftigung hervorruft — wenn sie nicht gehortet

wird<sup>1)</sup>. Eine Beschränkung der Verbrauchsgütereinfuhr ist relativ unproblematisch. Eine Beschränkung der Rohstoffeinfuhren kann jedoch den Erfolg der Beschäftigungspolitik in Frage stellen, da mit zunehmender Beschäftigung auch zunehmend Rohstoffe benötigt werden. Die Intensität der Notwendigkeit der Rohstoffeinfuhr ist dabei von der Autarkiebegabung des betreffenden Landes abhängig. Da das Rumpfdeutschland der Bundesrepublik noch weit weniger autarkiebegabt ist als das frühere Deutsche Reich, ist die Mehreinfuhr von industriellen und der Ernährung dienenden Rohstoffen sogar eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik. Die Importbeschränkung ist also für die Bundesrepublik — jedenfalls soweit es sich um die Einfuhr von Rohstoffen handelt — nicht anwendbar, ganz abgesehen davon, daß bei der heutigen formellen Struktur der Außenhandelsbeziehungen eine Importbeschränkung wahrscheinlich zu Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder führen wird.

Das wirksamste Mittel zur Ausweitung dieser Grenzen ist die *Exportsteigerung*. Dadurch wird einmal die für die Beschäftigungspolitik erforderliche Mehreinfuhr ermöglicht. Zum anderen vermindert die Ausdehnung bzw. volle Ausnutzung der Exportindustrien die Arbeitslosigkeit im Inlande, da zusätzlicher Export zusätzliche Einkommen zur Folge hat (Multiplikatorwirkung). Aus diesen Gründen scheint es auch zweckmäßig zu sein, die neuen Arbeitsplätze vorwiegend in den Exportindustrien zu schaffen; eine Methode, mit der England — selbstverständlich unter anderen Voraussetzungen — sehr erfolgreich die Erreichung der Vollbeschäftigung mit einer gewaltigen Ausfuhrsteigerung verbunden hat (es wächst allerdings dadurch auch die Krisenempfindlichkeit). — Aber auch der Ausdehnung des deutschen Exports sind gewisse Grenzen gesetzt, die hauptsächlich in den Rohstoffengpässen und in der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu suchen sind.

Das dritte Mittel zur Ausweitung der durch die Außenhandelsstruktur bedingten Grenzen der Beschäftigungspolitik ist die *Devaluation*, die als Politik der gleichzeitigen Exportanregung und Importbeschränkung bezeichnet werden kann. Die Einkommens- und Beschäftigungswirkungen von Exportzuwachs und Importabnahme sind bereits erläutert worden, so daß wir uns nur noch mit den überaus wichtigen Preiswirkungen einer Devaluation zu befassen haben. Die unmittelbaren Auswirkungen sind die gleichzeitige Preissenkung bei den Exportgütern und die Preiserhöhung bei den Importgütern, Das Sinken der Exportgüterpreise und das Steigen der Importgüterpreise ist dabei abhängig von der Elastizität der Nachfrage nach Import- und Exportgütern und des Angebots an Import- und Exportgütern. Im allgemeinen wird sich durch die Abwertung eine Verschlechterung des Austauschverhältnisses ergeben, da die Nachfrage des Inlandes nach Importgütern generell unelastischer sein wird als die Nachfrage des Auslandes nach den Exportgütern des devalvierenden Landes. Dies trifft nun aber besonders für die westdeutschen Verhältnisse zu, denn während die Einfuhr vorwiegend aus unbedingt lebensnotwendigen Gütern besteht, die Preise für diese Güter also durch die Abwertung steigen werden, ohne daß die Einfuhr auch entsprechend zurückgehen wird, setzt sich die Ausfuhr zum großen Teil aus industriellen Fertigwaren zusammen, die nicht lebensnotwendig sind; das heißt, die Preissenkung bei den Exportgütern wird nicht eine entsprechende Vermehrung der Nachfrage des Auslandes nach den deutschen Exportgütern

1) Diese Wirkung wird aber früher oder später durch eine Exportverminderung kompensiert werden, da mit der Abnahme der Importe des Inlandes logisch auch die Exporte des Auslandes abnehmen, was im Ausland zu einer Einkommensverminderung und über die Grenzneigung zum Import zu einer Importverminderung, d. h. aber Exportverminderung des Inlandes führen wird. Wie schnell eine Exportverminderung der Importverminderung folgt, ist von den verschiedensten Faktoren, vor allem aber von der Grenzneigung zum Import, abhängig.

hervorrufen, so daß sich das Austauschverhältnis zu Ungunsten der Bundesrepublik verändern wird. Erfahrungsgemäß führt eine Abwertung auch zu ähnlichen oder gleichen Maßnahmen bei den anderen Ländern, womit der Erfolg einer Devaluation, der ohnehin nur kurzfristig ist und theoretisch die Beschäftigungspolitik nur bei Vorliegen einer konjunkturellen Arbeitslosigkeit günstig beeinflussen kann, sehr in Frage gestellt würde.

Das Problem der Wirtschaftsordnung spielt bei der Ausweitung der durch die Außenhandelsstruktur bedingten Grenzen der Beschäftigungspolitik gleichfalls eine Rolle, insofern als die mengenmäßige Einfuhrbeschränkung, das heißt letzten Endes die Devisenbewirtschaftung, das außenwirtschaftliche Korrelat zur Lenkungswirtschaft darstellt. Durch die Devisenbewirtschaftung werden nämlich alle ungünstigen Wirkungen der Beschäftigungspolitik auf die Handelsbilanz ausgeschaltet, indem Angebot an und Nachfrage nach Devisen durch staatlichen Zwang zum Ausgleich gebracht werden. Die Vorteile sind offensichtlich, die Nachteile liegen darin, daß die Devisenbewirtschaftung letztlich zu bilateralem Handel führt und der Außenhandel zu einem reinen Kompensationsgeschäft herabgewürdigt wird. Aus dieser Erkenntnis heraus wird auch den seit 1949 bestehenden Liberalisierungsbestrebungen von den meisten Regierungen der westlichen Welt eine so große Bedeutung beigemessen.

Die Ausweitung der durch die Preissteigerung bedingten Grenze ist also — die gegenwärtige Wirtschaftsordnung vorausgesetzt — nur durch ein System von Subventionen, Verbilligungsscheinen usw. möglich, während die durch die deutsche Außenhandelsstruktur bedingte Grenze wirksam nur durch eine Exportsteigerung ausgeweitet werden kann. Unter diesen Umständen wird aber in den nächsten Jahren eine Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht erreicht werden können. Die Vollbeschäftigung ist selbstverständlich durchführbar, wenn die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik grundlegend geändert wird. Erörterungen darüber anzustellen, ist jedoch heute müßig. Untragbar ist aber die Einstellung, die z. B. in dem Gutachten *Prof. Röpkes* über die deutsche Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommt, nämlich die Vermeidung nicht-marktkonformer Mittel um jeden Preis. Denn so viel werden die vorstehenden Ausführungen gezeigt haben, daß in einer Wirtschaftsordnung, die auf derartig dogmatischen Vorstellungen beruht; die Grenzen der Beschäftigungspolitik so eng gezogen sind, daß man sich mit dem Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit abfinden muß. Eine solche Resignation hinsichtlich des brennendsten Problems unserer Zeit können wir uns aber nicht erlauben. Weder die Vermeidung nicht-marktkonformer Mittel um jeden Preis noch Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis, dürfen unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik Grundsatz der Wirtschaftspolitik sein (Vollbeschäftigung soll aber nichtsdestoweniger letztes Ziel unserer heutigen Gesellschaftsordnung sein!). Nach Abwägen des Für und Wider bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen an Hand der jeweiligen Konstellation der wirtschaftlichen *und* sozialen Daten sollte die Entscheidung einzig und allein nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten im Hinblick auf die Gesamtheit gefällt werden. Der Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik sollte vor allem nicht nur an den Produktionsziffern gemessen werden, sondern auch daran, ob es gelungen ist, einem möglichst großen Teil der Arbeitsfähigen Lohn und Brot zu verschaffen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wird aber — darüber sollte es keinen Zweifel geben — nicht von heute auf morgen erfolgen können, denn dafür sind die Voraussetzungen nach einem in jeder Beziehung verlorenen Kriege zur Zeit noch nicht gegeben.